

GIAN EHREZZELLER / KEYSTONE



Im Unterengadin haben Baufirmen jahrelang die Preise abgesprochen. Das Kartell flog 2012 auf. Seither werden Vergaben strikte kontrolliert.

(Scuol, 26. April 2018)

Lauter alte Kameraden

Die Bilanz zum bisher grössten Schweizer Kartellfall zeigt: Für Preisabsprachen haben Unterengadiner Bauunternehmer überall Seilschaften genutzt. Warum alle mithalfen, bleibt unklar. **Von Andreas Schmid**

Aktiv beteiligt hätten sich Angestellte des Kantons nicht an den jahrelangen Preisabsprachen im Unterengadin. Zu diesem Schluss kommt die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) des Grossen Rats. Das gleiche Fazit ziehen externe Gutachter der Universität Freiburg in ihrem Bericht.

Der Skandal um das Kartell hatte 2019 schweizweit für Schlagzeilen gesorgt, als die Dimension der Machenschaften publik wurden. Seit dieser Woche sind nun die Ergebnisse der Untersuchungen bekannt.

Was heisst nicht aktiv beteiligt am Kartell? Passiv beteiligt? Mehrere Mitarbeiter des kantonalen Tiefbauamts wussten, was an den unzähligen Vorversammlungen der Baumeister ausgehandelt wurde. Sie schauten jedoch weg und halfen gar mit, die Sitzungsteilnehmer vorab mit Informationen zu versorgen, die Absprachen erleichterten. Dokumente, die für den internen Gebrauch bestimmt waren, gelangten an die Unternehmer. In den Befragungen gaben Beteiligte an, sie hätten nicht um die Vertraulichkeit der Informationen gewusst. Oder sie sagten aus, sie erinnerten sich nicht. Oder: Die Unterlagen seien wohl auf anderem Weg zu den Firmen gelangt.

Mehrere kantonale Angestellte waren auch im Bild, wie das System funktionierte, weil sie von Bauunternehmen zum Tiefbauamt gewechselt hatten. Es seien Dienstpflichtverletzungen begangen worden, stellen PUK und externe Fachleute fest.

«Nichts sehen, nichts hören»

Auf Begünstigungen oder gar Korruption sind PUK und Experten nicht gestossen. Aussagen von Whistleblower Adam Quadroni, wonach Vertreter des Tiefbauamts und von Gemeinden dem Kartell geholfen hätten und dafür belohnt worden seien, hätten sich nicht bestätigt. Quadronis Anwalt hält dazu in seiner Stellungnahme an die PUK fest: Es sei zu bedauern, dass die Kommission nicht die Instrumente und Ressourcen zur Verfügung gehabt habe, deutlichen Widersprüchen in den Aussagen der Befragten nachzugehen. Deren Verhalten erinnere an das von den drei Affen bekannte Motto «nichts sehen, nichts hören und auch nichts sagen». Nun werde seinem Mandanten, der die Sache ins Rollen gebracht hat, vorgeworfen, Beweise schuldig zu bleiben, kritisiert der Anwalt. «Diese Umkehr des Spießes verdreht die Verantwortlichkeiten.»

Weil sich die Untersuchungen auf Befragungen beschränken, bleiben Vermutungen ungeklärt im Raum stehen. So wird etwa im Unterengadin nach wie vor erzählt, eine dort ansässige Firma habe einem Mitarbeiter des Tiefbauamts gratis dessen Ferienhaus im Tes-

Hohe Summen, viele Beteiligte

9 Millionen

Diesen Betrag haben am Kartell beteiligte Firmen dem Kanton als Entschädigung für die Absprachen bezahlt.

11 Millionen

Mit dieser Summe büsste die Wettbewerbskommission zwölf Firmen für die Machenschaften im Engadin.

190

So viele durch Absprachen verteilte Aufträge wurden von der Wettbewerbskommission nachgewiesen und sanktioniert.

sin saniert. Sollte dies zutreffen, lässt sich weiter nur spekulieren, warum dies geschehen sein sollte.

Die Wettbewerbskommission (Weko) wies zwölf Unternehmen im Unterengadin zwischen 2004 und 2010 Preisabsprachen nach für mehrere hundert Projekte mit einem Auftragsvolumen von 190 Millionen Franken. Vor zwei Jahren verhängte die Weko deshalb Busen von gesamthaft 11 Millionen.

Quadroni, der bis 2006 selbst am Kartell beteiligt gewesen war, hatte die Weko mit den entscheidenden Hinweisen und Dokumenten alimentiert. Der Kanton und die Gemeinde Scuol hatten 2009 nicht reagiert, als er mit denselben Informationen vorgesprochen hatte. Protokolle der Treffen gibt es nicht. Die Beamten hätten damals wie auch jetzt in den Befragungen an Quadronis Glaubwürdigkeit gezweifelt, stellt dessen Anwalt fest. «Eine verquere Sichtweise. Statt die Bedenken zu klären, werden sie als Ausrede benutzt, um nicht hinschauen zu müssen.»

Die Aussagen des Whistleblowers haben sich immer wieder bewährt. Dank seinem Vorgehen konnte der Kanton von fehlbaren Firmen neun Millionen Franken an Entschädigungszahlungen eintreiben. Zudem blieb nach der Zerschlagung des Kartells weiterer Schaden erspart. Das digitale Magazin «Republik» berechnete diesen mit mindestens 26 Millionen Franken.

Die kriminelle Energie der beteiligten Unternehmer war offensichtlich beträchtlich.

Sie waren sich wohl spätestens 2004 bewusst, dass sie gegen das Gesetz verstiessen. Darauf deutet unter anderem hin, dass sie sich zuvor stets in einem Restaurant zu den Vorversammlungen getroffen hatten. Danach fanden die häufig vom kantonalen Baumeisterverband einberufenen Sitzungen für die vorzeitige Vergabe der bevorstehenden Submissionen in Büros der Firmen statt. Am Tisch sass zum Beispiel Baumeister, die damals gleichzeitig im Kantonsparlament politisierten; oder Unternehmer, die daneben in einem Gerichts- und zusätzlich einem Gemeindepräsidium sass. Eine andere bemerkenswerte Konstellation war familiärer Art: Ein Vater leitete im Auftrag des Baumeisterverbands die Sitzung, sein Sohn war Bauvorstand einer Gemeinde, die Aufträge vergab.

Regierungsrat gesprächsbereit

Seit 2010 leitet Mario Cavigelli (Mitte) das kantonale Baudepartement. Er habe die Missstände in den letzten Jahren behoben und griffige Massnahmen getroffen, wird Cavigelli etwa von der Weko attestiert.

Zum durch das Kartell angerichteten Schaden für den Kanton «lassen sich keine verlässlichen Angaben machen», sagt Cavigelli. Weil involvierte Firmen Vergleichszahlungen geleistet hätten, würden auch keine zusätzlichen Berechnungen angestellt. Was eine Entschädigung für den Whistleblower betrifft, dessen Vorgehen dem Kanton Millionen eingebracht hat, sagt Cavigelli: Er zolle Quadronis

Verdiensten grossen Respekt und danke ihm. Aus Sicht seines Departements habe dieser aber keinen Anspruch auf eine Entschädigung. «Sollte Adam Quadroni dies anders sehen, bin ich gern bereit, darüber zu diskutieren.»

Die Berichte zeigten die damals «enorme Verfilzung» von Baumeistern und Behörden, sagt Andri Perl, der Präsident der Bündner SP. «Es herrschte eine Kultur des Wegschauens, und die Tiefbauamt-Mitarbeiter sahen sich offensichtlich als regionale Wirtschaftsförderer statt als Aufseher», stellt Grossrat Perl fest. Der Kanton müsste Quadroni danken. Stattdessen sei der Whistleblower von Behörden drangsaliert worden (siehe Kasten).

FDP-Kantonsparlamentarier Lorenz Alig sagt, immerhin widersprechen die Berichte Vermutungen, wonach bei den Bauvergaben Korruption im Spiel gewesen sei. «Trotzdem bleiben schwarze Flecken und ungeklärte Fragen.» Grossrat Martin Aebli (Mitte) nimmt die Untersuchungsberichte erleichtert zur Kenntnis. Sie widerlegten die schlimmsten Befürchtungen. So gravierend wie in den Medien dargestellt seien die Verfehlungen nicht gewesen. Vor allem habe das Tiefbauamt bei den Preisabsprachen keine Rolle gespielt. «Zudem hat der Kanton reagiert und die fehlbaren Unternehmer gebüsst», sagt Aebli.

Vonseiten der SVP heisst es, die Untersuchungsberichte zeigten, dass es im Kanton keinen Filz gegeben habe und die verbreitete Wahrnehmung, wonach gravierende Missstände geherrscht hätten, nicht zutrefte.

Whistleblower Quadroni

Schikaniert, ausgegrenzt, geächtet

Dass Adam Quadroni das Baukartell aufzudecken liess, habe keinen Kontext mit späteren Polizeieinsätzen gegen ihn, heisst es im Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission. Tatsache ist aber, dass der Whistleblower seit Jahren Auseinandersetzungen mit Behörden ausfechtete muss.

Über zehn Strafverfahren habe der Staatsanwalt in Chur einst gegen seinen Klienten eröffnet, sagt der Anwalt. Basierend auf haltlosen, teilweise sogar abstrusen Anzeigen verschiedener kantonalen Behörden. Zahlreiche Verfahren

seien inzwischen eingestellt worden, so auch jenes wegen angeblicher häuslicher Gewalt. Als Beispiel für eine aussergewöhnliche Untersuchung nennt der Verteidiger ein Strafverfahren, in dem Quadroni der fahrlässigen Tierquälerei beschuldigt worden war. Der Tod eines Kaninchens, das er seinen Töchtern gekauft hatte, war Quadroni vom Kanton mit der Begründung angelastet worden, er habe eine Erkrankung des Tiers nicht erkannt. Seine Frau hatte nach der Trennung von ihrem Mann die Kaninchen zu sich holen lassen. Ein

Kaninchen starb 14 Tage später, worauf die Ehefrau gegen Quadroni vorging. Dass der Staatsanwalt die Anzeige überhaupt anhand genommen habe, zeige den Umgang von Behörden mit Quadroni, sagt der Anwalt.

Noch drastischer scheint, dass die Polizei mit irreführenden Rapporten ein Strafverfahren gegen Quadroni initiierte und so die Gefahr einer falschen Verurteilung schuf (NZZaS vom 18. April). Das kam so: Im November 2017 hatte die Polizei auf richterliche Anordnung in Quadronis Haus Gegenstände beschlagnahmt. Wegen der

Aktion läuft derzeit eine Strafuntersuchung gegen den Regionalgerichtspräsidenten. Nach dem Polizeieinsatz wurde Quadroni Gewalt und Drohung gegen Beamte vorgeworfen. Um das Verfahren zu beeinflussen, sollen von der Polizei Akten unterschlagen worden sein, die Quadroni entlastet hätten. Gegen einen Polizisten ist deshalb ein Strafverfahren hängig. Die Unschuldsvermutung gilt.

Bereits im Juni 2017 hatte die Kantonspolizei Quadroni mit Grenadiern zwangsweise in die psychiatrische Klinik in Chur eingewiesen. **Andreas Schmid**